

Inforadar 34 Periode August bis Dezember 2019; versandt am 13. März 2020

Geschätzte Inforadarempfängerinnen und -empfänger



Chlorothalonil-Metaboliten und Fusionspläne des ETH-Rats sind zwei Stichworte, die uns Mehrarbeit beschert und die Herausgabe eines Inforadars verzögert haben. Hier nun der Rückblick auf die Zeit im Herbst-Winter 2019. Nummer 35 folgt nach der Frühjahrssession. Damit die Liste nicht noch länger wird, finden sich die 26 «Pestizid-Fragen» aus den zwei Fragestunden der Herbstsession im Anhang. Neben den Pestiziden hat sich die Politik mit der weiteren Förderung der Wasserkraft befasst und (eher am Rande, aber mit direktem Zusammenhang zur Eawag) auch mit der Freiheit der Forschung.

Wie immer erhebt die Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit und wie immer wünsche ich frohes Stöbern darin. Aus meiner Sicht für die **Eawag** besonders Relevantes ist mit diesem Signet bezeichnet:



Andri Bryner

Der Bundesrat...

- 4.9. / beantwortet die Anfrage von Bernhard Guhl (bdp/AG) zum [Zulassungsprozesses von Pflanzenschutzmitteln](#). (19.1040) > siehe dazu auch Verwaltung, 21.11.2019
-  13.11. / ist bereit, eine Motion der nationalrätlichen Umweltkommission entgegenzunehmen, die [Massnahmen gegen das Insektensterben](#) verlangt. (19.3968) (Anmerkung: Die Kommission fasst die Motion am 11.2.2020 neu – 20.3010)
- 13.11. / nimmt Stellung zur Interpellation von Martina Munz (sp/SH) in Sachen [Stickstoffüberschüsse](#). Er verweist auf die AP22plus mit Absenkpfad (siehe auch [19.4480](#)).
- 20.11. / nimmt Stellung zur Interpellation von Bernhard Guhl (bdp/AG) Ist der Bundesrat bereit, seinen [Auftrag zur Reduktion der Risiken aus der Anwendung von Pestiziden](#) umzusetzen? (Am 5.12. abgeschrieben, weil der Interpellant nicht mehr im Rat ist. / 19.4209)
- 20.11. / nimmt Stellung zur Interpellation von Ursula Schneider Schüttel (sp/FR) Werden mit der [Reduktion der Verkaufsmenge die Risiken von Pestiziden effektiv reduziert?](#) (19.4230)
- 20.11. / nimmt Stellung zur Interpellation von Claudia Friedl (sp/SG) [Einsatz und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln natürlichen Ursprungs](#) (19.4293)
- 27.11. / nimmt Stellung zur Interpellation von Martina Munz (sp/SH) Kontaminiertes Trinkwasser. Die [Zulassung von Pflanzenschutzmitteln](#) ist weichenstellend. (19.4205)
- 27.11. / nimmt Stellung zur Interpellation von Maya Graf (grüne/BL) «Ist das [Zulassungssystem für Pestizide](#) so ausgestaltet, dass die Zulassung von Wirkstoffen aufgrund von neuen Informationen aus Forschung und Praxis automatisch überprüft wird? . (Am 5.12. abgeschrieben, weil die Interpellantin nicht mehr im Rat ist.) (19.4288)
- 27.11. / nimmt Stellung zur Interpellation von Martina Munz (sp/SH) Konsequenzen aus dem Fall Chlorothalonil, um [grundsätzliche Risiken des Pestizideinsatzes zu senken?](#) (19.4204)
-  27.11. / nimmt Stellung zur Interpellation «[Nachhaltige Entwicklung. Was geschieht mit dem Wasser?](#)» von Claude Béglé (cvp/VD), der vom Bund ein verstärktes Engagement zu internationalen Wasserproblemen verlangt. Die Antwort erwähnt explizit die Eawag, die zusammen mit den ETHs fähig sei, fortschrittliche technologische Lösungen bereitzustellen,

um die Herausforderungen des Wasserressourcenmanagements zu bewältigen. (Am 5.12. abgeschrieben, weil der Interpellant nicht mehr im Rat ist. / 19.4335)

- 27.11. / nimmt Stellung zur Interpellation von Leo Müller (cvp/LU) über [Mikroverunreinigungen aus Gesellschaft, Industrie und Gewerbe](#) (im Gegensatz zu Pestiziden aus der Landwirtschaft). Die Regierung erläutert die Prioritätensetzung und getroffene Massnahme, insbesondere die Strategie Micropoll mit dem sukzessiven Ausbau ausgewählter ARA. (19.4235)
- 27.11. / beantragt Ablehnung der Motion von Tiana Moser (glp/ZH) «[Trinkwasser besser schützen durch die Verschärfung der Zulassung](#)». Moser bezieht sich auf die Chlorothalonil Metaboliten im Grundwasser. Dem Bundesrat gehen die Forderungen zu weit, er räumt aber ein, dass die Zuströmbereiche besser geschützt werden müssen. (19.4314)

Parlament

- 10.9. / Fragestunde: Martina Munz (sp/SH) zu immer noch nicht überall durchgesetzten minimalen [Restwassermengen](#) (19.5405).
- 4.12. / 9.12. Fragen zur «**Maulkorbaffäre**» zwischen Eawag und Bundesrat Guy Parmelin in der Fragestunde. Beat Jans (sp/BS) [19.5627](#); Prisca Birrer Heimo (sp/LU) [19.5620](#); Martina Munz (sp/SH) [19.5618](#); Claudia Friedl (sp/SG) [19.5614](#)
- 8.10. / Auch die nationalrätliche WAK will das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren. Sie hat einer Initiative ihrer Schwesterkommission (19.475), die die [gesetzliche Verankerung eines Absenkpfad mit Zielwerten für das Risiko beim Einsatz von Pestiziden](#) verlangt, oppositionslos zugestimmt. Die Kommission ist der Ansicht, mit der parlamentarischen Initiative mehr Verbindlichkeit schaffen zu können, und begrüsst das Bestreben, die Initiative in Abstimmung mit der Agrarpolitik 2022+ zu behandeln. Die ständerätliche Kommission wird nun eine Gesetzesvorlage ausarbeiten. Die Kommission hat zudem die Verwaltung damit beauftragt, einen Bericht zur Optimierung der Schweizer Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel vorzulegen. [Medieninfo der WAK-S](#) vom 18.10.
- 5.12. / Der Ständerat erledigt die Interpellation von Roberto Zanetti (sp/SO) zur [Rückkehr des Lachses in die Schweiz](#) bis 2020. Der Bundesrat bedauert das Nichterreichen des Ziel und verweist auf das neue Programm Rhein 2040. (siehe dazu Rheinministerkonferenz vom 13.2.2020) (19.4178)
- 5.12. / Der Ständerat überweist die Motion «[Gewässerräume, Geografische und topografische Verhältnisse besser berücksichtigen](#)» von Werner Höfli (svp/GL) an die UREK-S. (19.4374)
- 5.12. / Der Nationalrat schreibt die Interpellation von Maya Graf (grüne/BL) ab, welche die [Haftung bei Abdrift von Pestiziden](#) thematisiert hat. In seiner Stellungnahme vom 6.11. verweist der Bundesrat auf den AP-PSM und die AP22 plus. (19.4287)
- 12.12. / Der Nationalrat stimmt der [parlamentarischen Initiative von Beat Jans](#) (sp/BS) zu. Konsequenter Schutz des Grund-, Trink-, Fluss- und Seewassers vor nachweislich schädlichen Pestiziden. (19.430) Der Vorstoss verlangt ein Verbot von Pestiziden, wenn an mehreren Oberflächengewässern wiederholt die Fortpflanzung, Entwicklung und Gesundheit empfindlicher Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen beeinträchtigt wurde oder im Grund- bzw. Trinkwasser Pestizidrückstände in unerwünscht hohen Konzentrationen gemessen werden.
- 20.12. / Der Nationalrat erledigt eine Motion von Nik Gugger (evp/ZH) «[Wurde Chlorothalonil in der Schweiz weniger restriktiv zugelassen, als in Deutschland und Österreich?](#)» Laut Bundesrat wurden in D, AUT und CH dieselben Zulassungskriterien angewendet. Die Regierung hält aber auch fest, dass die Gesetzgebung zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln eine Abwägung von Nutz- und Nebenwirkungen vorsehe. (19.4359)

- 20.12. / Der Nationalrat erledigt eine Motion von Kurt Fluri (fdp/SO), der nach den [Verantwortlichkeiten für die Probleme rund um Chlorothalonil](#) gefragt hatte. Der Bundesrat hat am 27.11. Stellung genommen. Ein Regress von Wasserversorgern auf Verursacher wäre nur möglich, wenn ein widerrechtliches Verhalten vorliege, sagt der Bundesrat unter anderem. (19.4250) – siehe dazu auch Antworten von BR Somaruga aus den Fragestunden vom 11.9. [19.5435](#) (Kurt Fluri) und 23.9. [19.5525](#) (Kathrin Bertschy).
- 20.12. / Der Nationalrat erledigt eine Motion von Kurt Fluri (fdp/SO), zu möglichen [Trinkwasserversorgungsproblemen in Ackerbaugebieten](#). In der Antwort vom 27.11. hat der Bundesrat den Widerruf der Zulassung für Chlorothalonil angekündigt. (19.4249)
- 20.12. / Der Nationalrat erledigt eine Interpellation von Fatih Derder (fdp/VD), der die Förderung der Bildung eines [Kompetenzzentrums im Bereich "food and nutrition"](#) verlangt hat. Die Stellungnahme des Bundesrats ist positiv, betont indessen die bestehenden Förderinstrumente. Erwähnt werden u.a. die Initiative der ETHs «Future Food», Agroscope, sowie die drei NFP 61, 68 und 69. (19.4306)
- 20.12. / Der Nationalrat erledigt die Interpellation von Isabelle Chevalley (glp/VD) zu [Bioziden aus Farben und Putzen](#). In seiner Stellungnahme erwähnt der Bundesrat ein laufendes Vollzugsprojekt der Kantone, mit dem die chemikalienrechtliche Konformität geprüft und eine bessere Deklaration angestrebt werden. (19.4126)
- 20.12. / Der Nationalrat erledigt die Interpellation Aline Trede (grüne/BE) - Kennt der Bund alle [Metaboliten von zugelassenen Pestiziden](#), und wie viele davon gelten heute als "nicht relevant"? Die Antwort des Bundesrats (27.11.) war bezüglich Chlorothalonil noch offen, aber sonst sehr deutlich: «Die Zulassung für einen Pflanzenschutzmittelwirkstoff wird nur erteilt, wenn Einträge des Wirkstoffes und seiner "relevanten" Metaboliten in das Grund- und Trinkwasser von mehr als 0,1 Mikrogramm pro Liter ausgeschlossen werden können. (...) Ergibt die Reevaluation zugelassener Pflanzenschutzmittel, dass dies nicht erfüllt ist, werden die Anwendungsvorschriften aktualisiert oder die Bewilligung entzogen.» (19.4295)
- 20.12. / Der Nationalrat erledigt die Interpellation von Frédéric Borloz (fdp/VD), der eine verstärkte [Information der Bevölkerung über den Aktionsplan Pflanzenschutzmittel](#) fordert. (19.4150)
- 20.12. / National- und Ständerat verabschieden die Parlamentarische Initiative von Albert Röstli (svp/BE) wonach bei [Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Wasserkraftwerken](#) nicht der ursprüngliche sondern der aktuelle Ist-Zustand als Ausgangszustand gilt. Das Wasserrechtsgesetz wird angepasst. Inwieweit sich aus diesem Beschluss Widersprüche zum Natur- und Heimatschutzgesetz ergeben, wird wohl die Gerichtspraxis zeigen müssen. (16.452) Aussergewöhnlich war die Abstimmung im Nationalrat: Hier unterlag die Vorlage zuerst mit 98 zu 91 Stimmen, wurde dann aber nach einem Rückkommensantrag mit 96 zu 95 angenommen.

Verwaltung

- 8.8. / Das [BLV erlässt eine Weisung für Trinkwasserversorger](#) zu den relevanten Metaboliten von Chlorothalonil. Ab dem Zeitpunkt einer Beanstandung haben die Versorger einen Monat Zeit für einfache Massnahmen oder – wenn solche nicht möglich sind – zwei Jahre für eine Erfüllung der rechtlichen Anforderungen.
- 15.8. / Das Bafu veröffentlicht den Bericht der [Nationalen Grundwasserbeobachtung NAQUA 2019](#). Grundwasservorkommen weisen zunehmend Verunreinigungen auf, die mehrheitlich aus der Landwirtschaft stammen.
- 2.9. / Das BFE präsentiert eine korrigierte [Wasserkraftpotentialstudie](#). Das Potenzial der Kleinwasserkraft wird (v.a. aus wirtschaftlichen Gründen) tiefer eingeschätzt als noch 2012, die Minderproduktion als Folge der Durchsetzung der Restwasservorschriften höher. Trotzdem

kommt die Analyse zum Schluss, dass das Ziel gemäss Energiegesetz erreicht werden kann, wenn der weitere Ausbau der Wasserkraft im gleichen Tempo vorangeht wie seit 2011 (+87 GWh/a).

- 21.11. / BLW, Bafu, BLV, BAG und Seco stellen den [Bericht vor zur Evaluation der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln](#). Die Prüfung durch eine externe Firma stellt dem Zulassungsverfahren und den involvierten Behörden grundsätzlich ein gutes Zeugnis aus, deckt aber doch zahlreiche Schwachstellen auf. Bis im Frühling 2020 soll nun ein Bericht über die Optimierung des Verfahrens erstellt werden, der auch den Auftrag der WAK-NR erfüllt.
- 12.12. / BLW [verbietet den Verkauf von Chlorothalonil](#) mit sofortiger Wirkung und den Einsatz ab 1.1.2020. Das BLV erachtet aufgrund der Neueinstufung der Ausgangssubstanz alle Chlorothalonil-Metaboliten als relevant.

Bundesgericht

- 13.12. / [Leiturtel zum Gewässerraum](#): Gegen einen Bauern im Kanton Baselland hat das oberste Gericht entschieden: Fallen Fruchtfolgeflächen in Gewässerräume und bleiben sie theoretisch weiterhin landwirtschaftlich nutzbar, müssen sie nicht andernorts kompensiert werden. Urteil [1C 15/2019](#). (Grundlagen zum Nutzen des Gewässerraums aus einem Vortrag von Florian Altermatt vor Umweltjuristen werden im Urteil explizit erwähnt.)

Weiteres / Kantone / Ausland

- 26.7. / EU-Kommission verklagt Schweden wegen unzureichender Abwasserbehandlung <https://www.euwid-wasser.de/news/international/einzelansicht/Artikel/eu-kommission-verklagt-schweden-wegen-unzureichender-abwasserbehandlung.html>
- 6.9. / Der Verband der Kantonschemiker präsentiert die Resultate seiner Kampagne [«Pflanzenschutzmittel in Trinkwasser»](#). Fazit: Das Trinkwasser ist an den allermeisten Orten gut, aber zum Zeitpunkt der Messung wurden rund 170'000 Konsumentinnen und Konsumenten mit Trinkwasser versorgt, das nicht dem heutigen Lebensmittelrecht entspricht. Hauptverantwortlich sind Chlorothalonil-Metaboliten.
- 22.11. / Der Kanton Graubünden erlässt eine neue [Verordnung über den Gewässerschutz in der Landwirtschaft](#); es geht primär um Lagerung und Verwertung von Hofdünger; zudem finanziert der Kanton ein Schleppschlauch-Projekt, um beim Güllen Ammoniakverluste zu reduzieren.
- 3.12. / Die [EU Kommission erlaubt Österreich ein Glyphosat-Verbot](#) - ob es umgesetzt werden kann, ist allerdings unklar.
- 26.7./ Die EU kritisiert erneut Deutschlands Nitratrichtlinie und fordert, dass Deutschland seinen [Nitratgehalt im Grundwasser](#) zügig reduzieren soll. Auch andere EU-Staaten erfüllen die Vorgaben nicht, Griechenland wird im März 2020 zur Strafzahlung von 3,5 Mio. Euro verurteilt.
- 11.8. /: Klimawandel fordert Überdenken der Nahrungsmittelproduktion - [Tierproduktion mindert Wasserqualität](#); Bericht der Vereinten Nationen über den Klimawandel.
- 20.8. / [Bluegreen Cities](#): Wie Wien gegen klimawandelbedingte Hitzeinseln in der Stadt kämpft.
- 22.8. / WHO publiziert Studie zu [Mikroplastik im Trinkwasser](#) und verlangt mehr Forschung dazu. [Link](#) zur Studie. [Umweltverbände](#) kritisieren das Vorgehen als zu defensiv.
- 25.9. / [IPCC Bericht zu Klima und Kryosphäre/Wasser](#). >> [Hauptaussagen](#) in Deutsch (pdf). Jetzt getroffene Entscheidungen sind ausschlaggebend für die Zukunft unseres Ozeans und unserer Kryosphäre.
- 22.10. / Der Umweltbericht 2019 für Deutschland erteilt dem [Gewässerschutz kein gutes Zeugnis](#): Bei den Oberflächengewässern wiesen nur 8,2 Prozent einen "sehr guten" oder "guten"

ökologischen Zustand auf. 36 Prozent der Grundwasserkörper seien in einem schlechten chemischen Zustand und bei rund 27 Prozent werde die Qualitätsnorm für Nitrat überschritten.

- 24.10. / Die Deutsche Bundesregierung antwortet auf ein ["kleine Anfrage" zum Bodensee](#) mit insgesamt 45 Fragen, u.a. zum Phosphorgehalt oder zur Quaggamuschel. In vielen Punkten verweist der Bund auf die IGKB und auf bereits früher im Landtag Baden-Württemberg erteilte Antworten.
- 2.12. / Eine Petition mit fast 50'000 Unterschriften verlangt in Baden-Württemberg, den Ausbau der ARA mit einer [4. Reinigungsstufe gegen Mikroverunreinigungen](#). Das Deutsche Bundesland verfolgt bisher eine ähnliche Strategie wie die Schweiz mit dem Ausbau an besonders sensiblen Gewässern mit hohem Anteil an gereinigtem Abwasser.
- 12.12. / Die [Europäische WRRL wurde einem Fitnesscheck](#) unterzogen. Fazit: Die EU-Richtlinien zum Wasser sind weiterhin zweckmässig, (teils grosse) Defizite bestehen aber bei der Umsetzung.
- 19.12. / Die EU beschliesst, [Trinkwasserrichtlinie zu überarbeiten](#). Die Devise heisst: Mehr vorsorge statt end-of-pipe Schadensbehebung.

Ausblick

- Mit den beiden Initiativen (PaIv Jans [19.430](#)) und WAK-SR ([19.475](#)) bewegt sich das Parlament in Richtung einer Art Gegenvorschlag zu den beiden Volksinitiativen (Pestizidverbots- und Trinkwasserinitiative). Wie das Ganze koordiniert bzw. möglichst verbindlich mit der AP22+ oder doch noch den Volksbegehren verknüpft werden soll, ist noch unklar.
- Die Klimabewegung wirkt sich aus. In Vorstössen und Antworten werden Nachhaltigkeit und namentlich die SDG's vermehrt betont. Siehe z.B. die Interpellation von Claudia Friedl (sp/SG) «Gefährden ungenügende Schweizer Klimaziele internationale Menschen- und Kinderrechte?» [19.4543](#)
- Kommunikation und Einordnung spielen eine immer wichtigere Rolle. D.h. Aussagen der Verwaltung oder von Experten werden zunehmend auf Einseitigkeit geprüft. Siehe dazu z.B. die Interpellation Leo Müller (cvp/LU) zur [Zielerreichung der Umweltziele Landwirtschaft](#) oder die Diskussion um Vorsorge versus «Gefahr» durch Chlorothalonilmetaboliten im Trinkwasser.

Inforadar abonnieren? >>

https://www.internal.eawag.ch/fileadmin/intranet/kommunikation/beratung/politisch/abo_inforadar.pdf

Pestizidfragen aus den Fragestunden der Herbstsession 2019

Geschäftsnummer	UrheberIn	Partei	Titel des Geschäfts
19.5419	Thomas Weibel	GLP	Wie steht es um die Rechtsgrundlage zum Schutz des Grundwassers?
19.5422	Martina Munz	SP	Langlebige Stoffe verschmutzten das Grundwasser. Warum schauen Bund und Kantone tatenlos zu?
19.5435	Kurt Fluri	FDP	Wer übernimmt die Kosten für Massnahmen zur Behebung der Trinkwasserverschmutzung?
19.5388	Martina Munz	SP	Wird die Anwendung von Chlorothalonil sofort verboten und der Lagerbestand vernichtet?
19.5431	Tiana Moser	GLP	Aufhebung der Differenzierung zwischen "relevanten" und "nicht relevanten" Metaboliten
19.5419	Thomas Weibel	GLP	Wie steht es um die Rechtsgrundlage zum Schutz des Grundwassers?
19.5457	Maya Graf	Grüne	Kann das Zerfallsprodukt eines Wirkstoffs problematischer sein als der Wirkstoff selbst?
19.5456	Maya Graf	Grüne	Nichtberufliche Verwendung von Pestiziden. Spielt die Toxizität in Bezug auf die Umwelt bei der Beurteilung keine Rolle?
19.5455	Maya Graf	Grüne	Welche Pestizide werden für die nichtberufliche Verwendung künftig nicht mehr zur Verfügung stehen?
19.5415	Silva Semadeni	SP	Pestizide. Vertrauen in die Zulassungsbehörde
19.5430	Kathrin Bertschy	GLP	Wer trägt die Kosten für die Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor dem gesundheitsschädigenden Chlorothalonil?
19.5460	Heim Bea	SP	Unverantwortliche Experimente auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung
19.5556	Kurt Fluri	FDP	Kann die Frage der kostentragenden Verursacher nicht grundsätzlich geklärt werden?
19.5555	Kurt Fluri	FDP	Wie gross ist die Zahl der mit dem Chlorothalonil-Metaboliten R471811 verschmutzten Trinkwasserfassungen?
19.5546	Bernhard Guhl	BDP	Durchlaufen Metaboliten exakt denselben Zulassungsprozess, wie die Wirkstoffe, aus denen sie entstehen?
19.5539	Martina Munz	SP	Warum werden Wasserversorger und kantonale Vollzugsstellen ungenügend informiert und unterstützt?
19.5538	Martina Munz	SP	Warum stuft das BLV den Chlorothalonil-Metabolit R471811 als nicht relevant ein?
19.5537	Martina Munz	SP	Vorsorgliche Sistierung von Verkauf und Ausbringung von Chlorothalonil, zum Schutz der Bevölkerung?

19.5529	Ursula Schneider-Schüttel	SP	Pestizide. Verschärfung der Anforderungen
19.5525	Kathrin Bertschy	GLP	Wer trägt die Kosten für die Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor dem gesundheitsschädigenden Chlorothalonil?
19.5523	Tiana Moser	GLP	Wie lässt sich am Fall Chlorothalonil aufzeigen, dass bei der Zulassung ein Bremsweg eingebaut und das Vorsorgeprinzip eingehalten wird?
19.5526	Adèle Thorens	Grüne	Gesundheits- und Umweltauswirkungen von SDHI-Fungiziden: Sollte das Vorsorgeprinzip nicht angewendet werden?
19.5559	Nik Gugger	CVP	Welche Problemsubstanzen könnten uns in Zukunft noch überraschen?
19.5549	Tiana Moser	GLP	Warum stuft der Bund das Pestizid Chlorothalonil respektive der Abbaustoff R471811 im Gegensatz zur EU als "nicht relevant" ein?
19.5535	Tiana Moser	GLP	Fehlende Ausscheidung der Zuströmbereiche im Grundwasserschutz
19.5524	Tiana Moser	GLP	Sofortmassnahmen gegen Pestizide im Trinkwasser